

19.36

**Bundesrat Mag. Michael Lindner** (SPÖ, Oberösterreich): Geschätzter Herr Bundesminister! Geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf das Belastungsgejammer des Kollegen Krusche eingehe (*Bundesrat Krusche: Das ist nicht notwendig! Ich verzichte darauf!*), vielleicht noch kurz zum Inhalt des Gesetzes: Mit den vorgeschlagenen Änderungen im Gesetz wird mit 1. Jänner 2017 das Lkw-Mautsystem verändert, um bessere Kostenwahrheit, bessere Kostentransparenz und vor allem eine stärkere Ökologisierung unseres Mautsystems zu erreichen.

Die Schiene und auch die Straßen sind die wichtigsten Lebensadern – nicht nur im Zentralraum, sondern natürlich auch in den ländlichen Regionen. Diese Lebensadern müssen natürlich auch dementsprechend finanziert werden. Die fallen nicht vom Himmel, Kollege Krusche, sondern müssen mit Geld gebaut werden. Deswegen möchte ich auf die wichtigsten Kernpunkte eingehen, weil es, denke ich, sehr wichtig ist, zu betonen, dass erstmals auch externe Kosten in die Maut eingerechnet werden, das heißt Schadstoffbelastungen, Umweltverschmutzung, aber auch Lärmbelastung, denn mit der Straße alleine ist es ja nicht getan. Es braucht Lärmschutzmaßnahmen, ökologische Ausgleichsflächen und so weiter, und das will ja letztendlich auch finanziert sein.

Diese Mehreinnahmen – das ist der zweite wichtige Kernpunkt – werden von der ASFINAG an den Bund abgeführt und eben für die nachhaltige Gestaltung von Verkehrsräumen verwendet. Ich denke, gerade diese Zweckwidmung ist wichtig, damit das Geld nicht irgendwo ins Budget fließt, sondern dorthin, wo es hingehört. Das heißt: 2017 gibt es geschätzt 40 Millionen € mehr, 52 Millionen € im Jahr 2018 und 50 Millionen € im Jahr 2019.

Auf die Straftatbestände und das Verwaltungsstrafverfahren ist Kollege Krusche schon eingegangen.

Abschließend: Ich denke, die Änderungen sind wirtschaftlich verträglich, ökologisch sinnvoll und deswegen natürlich zu befürworten. – Herzlichen Dank. (*Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Mayer.*)

19.38

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Mag. Schreyer. – Bitte.